

# DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 EUR

Landesvereinigung Bremen der VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Dezember 2019 / Januar 2020

## Lucke lahmlegen!

Am 16.10.2019 sollte der Mitbegründer der AfD, Bernd Lucke, nach erfolgloser politischer Karriere seine Professur an der Hamburger Uni wieder aufnehmen. Der AStA rief zu einer Demonstration gegen den Wiedereintritt Luckes auf. Auch die Hamburger OMAS GEGEN RECHTS waren mit Unterstützung aus Bremen, Stade, Berlin und Paderborn vor Ort, um die Studierenden bei ihrer Aktion zu unterstützen. Mit Redebeiträgen des AStA und der OMAS wurde vor der Uni auf die Vergangenheit Luckes hingewiesen und dass es ein Unding ist, dass er wieder dort lehren darf. Danach sangen wir zusammen das OMA-Lied. Es hieß dann, er werde die Vorlesung nicht halten, es werde ein Ersatz dort sein. Trotzdem ließen wir uns alle nicht davon abhalten in den Hörsaal zu gehen. Am Hörsaal befand

sich eine Tafel mit dem Hinweis, dass dieser Hörsaal nach der ersten Professorin an der Hamburger Universität, der Jüdin Agathe Lasch, benannt ist, die in der NS-Zeit ermordet wurde. Also wieder so ein Unding, was gar nicht geht. Wie kann man einen Professor, der eindeutig rechtes Gedankengut verbreitet, in so einem Hörsaal Gehör verschaffen? Das Auditorium füllte sich immer mehr, es gab bald keine Sitzplätze mehr und so mussten sehr viele der Anwesenden stehen. Anstelle des angekündigten Ersatzes betrat Bernd Lucke dann selbst den Hörsaal. Nach einer Sekunde erstaunten Schweigens erhob sich ein Sprechchor gegen seine Anwesenheit. Transparente mit eindeutigen Aussagen wurden entrollt. Er packte noch ganz gelassen seinen Laptop aus, schloss den Beamer an und wollte mit seiner Vorlesung beginnen. Das wurde ihm aber dadurch verwehrt, dass die Protestrufe nicht aufhörten, sondern eher zunahmen, außerdem wurde der Beamer durch einen Regenschirm abgedeckt. Nach einer Stunde wurde Lucke an seinem Pult von Transparenten der Antifa verdeckt; nachdem er eine Studentin von ihrem Platz vertrieben hatte, zog er es vor, sich ins Auditorium zu setzen. Die OMAS standen zu diesem Zeitpunkt mit ihrem Transparent schon auf dem Tisch neben Luckes Pult. Die Protestrufe gingen

die ganze Vorlesungszeit über weiter und wurden auch nicht leiser. Es flogen dann vereinzelt Papierkugeln in Richtung Lucke, was soll man mit seinem Colleagueblock auch

sung war die Luft im überfüllten Hörsaal so schlecht, dass einige der OMAS ihn verließen. Die verbleibenden OMAS stimmten dann ihr „Wehrt euch“-Lied an, erst sangen sie allein, aber nach der ersten Strophe erhoben sich die Studierenden klatschend und sangen mit. Tja, wir OMAS sind zwar „Alt, aber nicht stumm“. Vor der Uni hatte sich in der Zwischenzeit die Polizeipräsenz von zwei Polizisten zu Beginn der Veranstaltung auf vier Mannschaftsbusse erhöht. Die Polizisten waren nicht älter als die Studenten, es hatte somit den Anschein, als werde dieser Einsatz als Übung für angehende Polizeibeamte genutzt. Sie räumten den Saal nicht, wie erst vermutet, sondern geleiteten Lucke nur durch einen Seitenausgang zu seinem Auto. Der Protest mit den jungen StudentInnen war für mich eine



Die OMAS sind wirkungsvoller als jeder Ordner

anderes machen, wenn es nichts zum Mitschreiben gibt? Da es nicht nur Gegner von ihm gab, sondern auch Fans (oder waren es einfach nur Studenten, die der Vorlesung beiwohnen mussten, um den Schein von ihm zu bekommen), kam es zu kleineren Rangeleien zwischen ihnen. In meinen Augen sah es aber mehr nach einem Balzgehave der Studenten aus. Leider ist der Studiengang von Lucke ein Pflichtstudiengang, so wird es den Studierenden nicht erspart bleiben daran teilzunehmen, wenn sie ihren Abschluss haben wollen. Zum Ende der Vorle-

neue, aber tolle Erfahrung, gut organisiert und vor allen Dingen friedlich. Die anschließende Berichterstattung in den Medien war allerdings erschreckend pro Lucke, er wurde doch sehr als Opfer dargestellt. Auch das Verhalten der Universität, mit der Androhung der Strafanzeige gegen Unbekannt, ist kaum nachvollziehbar. Warten wir es einfach mal ab. Den Tag ließen wir dann bei einer gemütlichen Kaffeerunde im Unicafé ausklingen.

Renate Graef (OGR)

## Handlungsmöglichkeiten gegen Rechts

Der erneute Einzug von Mitgliedern von AfD und BiW in die Hälfte der Bremer Beiräte wirft angesichts zunehmenden Rechtsdrifts Fragen nach Handlungsmöglichkeiten in der Arbeit vor Ort auf. In einem Tagesseminar ist die Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen dem nachgegangen. Anzunehmen ist, dass es der AfD nicht um inhaltliche Arbeit im Interesse der Bevölkerung geht, sondern um Einschüchterung und Polarisierung. Sie ist zweifelsfrei undemokratisch, ihre Einschüchterungsversuche sind belegbar. Ansprüche sollen nicht parlamentarisch durchgesetzt werden, sie scheuen den Dialog über konkrete Fragen, sie setzen auf eine nicht legitimierte Bewegung. Sie sehen

nicht den Menschen als Person, sondern als Teil eines völkischen Verbunds. Sie stellen nicht die soziale Frage in den Focus, sondern Machtorgane. Für Beiräte stellt sich sehr praktisch die Frage, wie dem Paroli geboten werden kann. Mit zwei erfahrenen Teamern und einigen praktischen Fragestellungen wurde über den Vormittag neben einer Bestandsaufnahme der Situation in einzelnen Beiräten das Dagegenhalten eingeprobt. Sehr anschaulich konnte das Walker Bündnis „kein AfD-Büro nirgendwo“ seine erfolgreiche Arbeit darstellen. Nach der Mittagspause gab ...

*weiter geht es auf Seite 2*

# Nur miteinander

Am 20. Juni 1942 schrieb Anne Frank in ihr Tagebuch: „Bis zu meinem vierten Lebensjahr wohnte ich in Frankfurt. Da wir Juden sind, ging dann mein Vater 1933 in die Niederlande ... Unser Leben verlief nicht ohne Aufregung, da die übrige Familie in Deutschland nicht von Hitlers Judengesetzen verschont blieb. Nach den Pogromen 1938 flohen meine beiden Onkel, Brüder von Mutter, nach Amerika, und meine Großmutter kam zu uns. Sie war damals 73 Jahre alt. An Mai 1940 ging es bergab mit den guten Zeiten: erst der Krieg, dann die Kapitulation, der Einmarsch der Deutschen, und das Elend für uns Juden begann. Judengesetz folgte auf Judengesetz, und unsere Freiheit wurde sehr beschränkt.

Juden müssen einen Judenstern tragen; Juden müssen ihre Fahrräder abgeben; Juden dürfen nicht mit der Straßenbahn fahren; Juden dürfen nicht mit einem Auto fahren, auch nicht mit einem privaten; Juden dürfen nur von 3-5 Uhr einkaufen; Juden dürfen nur zu einem jüdischen Frisör; Juden dürfen zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens nicht auf die Straße; Juden dürfen sich nicht in Theatern, Kinos und an anderen dem Vergnügen dienenden Plätzen aufhalten; Juden dürfen nicht ins Schwimmbad, ebenso wenig auf Tennis-, Hockey- oder andere Sportplätze; Juden dürfen nicht rudern; Juden dürfen in der Öffentlichkeit keinerlei Sport treiben; Juden dürfen nach acht Uhr

abends weder in ihrem eigenen Garten noch bei Bekannten sitzen; Juden dürfen nicht zu Christen ins Haus kommen; Juden müssen auf jüdische Schulen gehen und dergleichen mehr. So ging unser Leben weiter, und wir durften dies nicht und das nicht. Jacque sagt immer zu mir: „Ich traue mich nichts mehr zu machen, ich habe Angst, dass es nicht erlaubt ist“.

Dieses Haus, an dem wir jetzt stehen, war bis zum 23. Juni 1942 jüdisches Altersheim. Von hier wurden 77 alte Menschen November 1941 nach Minsk bzw. die verbliebenen ein halbes Jahr später ins KZ Theresienstadt deportiert. Vorausgegangen war bereits Ende Oktober 1938 die Ausweisung der Familie Littmann aus der heutigen Johann-Kühn-Straße und der Geschäftsführerin des Heims, Grete Rosenthal, aus der Ritterhuder Straße, nach Polen. Nur zwei Bremer Deportierte überlebten.

Wir erleben heute beunruhigende Zeiten. Jüdisches Leben hat sich sehr allmählich seit den 90ern wieder begonnen zu entfalten. Erneut werden Menschen vor allem von unbeherrschbaren angegriffen, bespuckt, geschlagen, verhöhnt, nur weil sie ihren Glauben nicht verheimlichen. Grabsteine werden auch in Bremen geschändet. Aber es trifft nicht nur Juden- Dieselbe Hasswelle ergießt sich in unserer Stadt auch auf Menschen muslimi-

schen Glaubens. Sie werden zum Sündenbock gemacht für vorgeblich vorenthaltene Aufstiegschancen. Die weltweite veränderte Wirtschaftslage, die Auflösung traditioneller Lebens- und Arbeitsformen werden zum Vorwand, das Zusammenleben aufzukündigen, sich persönlich über andere aufzuschwingen, obwohl nur ein Miteinander die Verbesserung der eigenen Lage garantiert.

Heute geht es um die Existenz der Menschheit am Rande einer Klimakatastrophe, die von Menschen gemacht und von Profitgier gesteuert ist. Heute geht es erneut um die Gefahr eines weltweiten Nuklearkrieges, wo doch Atomsprengköpfe im Südwesten Deutschlands gelagert sind. Heute geht es um die wirtschaftliche und berufliche Existenz von Millionen Jugendlicher weltweit, die ihr Recht auf Zukunft, ihr Recht auf Leben einfordern. Zusammenleben heißt miteinander zu leben, jeden und jede Einzelnen in ihrer Persönlichkeit zu akzeptieren, voneinander zu lernen, im Geiste der Aufklärung und der Ideen der Französischen Revolution als Beitrag zur allgemeinen Entwicklung willkommen zu heißen. Dazu gehört es auch, den rückwärtsgewandten dumpfen völkischen Geist offensiv zurückzuweisen.

**Raimund Gaebelin** (Ansprache am 8. November 2019 am ehem. jüdischen Alternheim Gröpelingen)

## Weltanschaulicher Vernichtungskrieg

Überaus aufschlussreich war der Vortrag von Reiner Zilkenat am 24. September in der Villa Ichon. Im Rahmen der MASCH Bremen sprach er vor 30 aufmerksamen Zuhörerinnen zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs. Mit aktuellen wie aufschlussreichen Dokumenten und Zitaten von Beteiligten und Wissenschaftlern zeichnete er die Entwicklung des letzten Dreivierteljahres vor Kriegsbeginn nach. Die teilweise Öffnung von Archivbeständen ermöglichte eine gründlichere Erfassung der diplomatischen Bemühungen um eine Abwehr des vom Hitlerfaschismus geplanten Krieges. Die zahlreichen Nachfragen ermöglichten eine Vertiefung der gegebenen Informationen

durch eine Fülle von Belegen, die der kurzen Zeit wegen nur angeschnitten werden konnten.

Der deutschen Wehrmacht war daran gelegen, einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Daher liefen monatelang intensive diplomatische Bemühungen zur Beschwichtigung Englands und Frankreichs, die Polen frühzeitig Garantieerklärungen für sein Recht auf Existenz, nicht aber seinen vollumfänglichen Bestand gaben. Das bot Hitler eine Möglichkeit, dieselbe Taktik wie Monate zuvor in der Tschechoslowakei anzuwenden. Mit einer Mischung aus Drohung und Angebotsofferten betonte Ribbentrops Diplo-

matie am 26. Januar 1939, dass es nur um Einlösung von Ansprüchen einer großen deutschen Minderheit gehe. Dazu bedürfe es einer exterritorialen Straßen- und Bahnverbindung zwischen Pommern und Ostpreußen und der Eingliederung der Freien Stadt Danzig ins Deutsche Reich. Für jede polnische Regierung war es unannehmbar. Angriffspläne gegen Polen lagen längst in den Schubladen, der Fall Weiß. Die Appeasementpolitiker Chamberlain und Daladier waren nur zu gerne bereit, dieselbe Nachgiebigkeit wie gegenüber der Tschechoslowakei walten zu lassen. Ein direkter Angriff Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion hätte ihnen ermöglicht, das Gesicht zu wahren. Dazu zögerten sie im Frühjahr/Sommer 1939 Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine gemeinsame Schutzgarantie gegenüber Polen hinaus. War Deutschland 1938 längst noch nicht auf einen Krieg gegen die Sowjetunion gewappnet, so waren die englischen und französischen Streitkräfte von der Qualität der militärischen Ausrüstung ihrer Einheiten gar nicht in der Lage, bei einem Angriff auf Polen diesem zur Seite zu stehen.

Bereits im Jahr zuvor hatte die Sowjetunion der Tschechoslowakei Garantieerklärungen gegeben, bis hin zur militärischen ...

*weiter geht es auf Seite 4*

### Handlungsmöglichkeiten

... Standpunkt Bremen einen anschaulichen Beitrag zum Charakter der AfD. Weithin wird sie als rechtspopulistisch eingestuft, faschistisch wäre aber richtiger. Faschistische Bewegungen hatten zu keiner Zeit mehr als 30% der Stimmen in demokratischen Wahlen erringen können. Problematisch ist jedoch das Einknicken demokratischer Kräfte vor faschistischer Gewalt zu sehen. Mit einem Zitat von Karl Popper wurde das Paradox der Toleranz deutlich, wenn Feinden der Toleranz der Freiraum gewährt wird, ihre Intoleranz auszuüben. Zu Zielen und Strategie der Bremer AfD

gab AfD-Watch ein paar Einsichten. Die lokalen Akteure wurden in der Verflechtung ihrer Netzwerke gebracht. Das verdeutlichte, dass parlamentarische Gremien ihnen eigentlich nur dazu dienen, Aufmerksamkeit zu wecken in rechten Medien vorgeführt zu werden. Sie werden zugleich zur materiellen Absicherung für Mitarbeiter genutzt. Den Abschluss fand das Tagessymposium in der Auseinandersetzung mit Beispielen zum Umgang mit AfD in Potsdam, Schwerin und Gröpelingen. Dabei wurde die Wichtigkeit einer breiten Netzwerkarbeit deutlich.

**Richard Keßler**

# In memoriam Harry Callan

Harry Callan, unser Freund und Schulpate im Projekt „Schule ohne Rassismus“, Namensgeber unseres seit 2005 alljährlich am 26. April stattfindenden „Harry-Callan-Laufes“ am Denkort Bunker Valentin, ist am Dienstag, den 24. September 2019 im Alter von 95 Jahren in Lusk, County Dublin, gestorben. Am 19. November 2019 wäre er 96 Jahre alt geworden.

Harry wurde von den Nazis von 1943 bis 1945 zur Arbeit am Bunker Valentin in Bremen Farge gezwungen. Er war einer der letzten noch lebenden Zeitzeugen des Bunkerbaus, den er als junger Mann von Anfang an miterlebte und am dem er fast zugrunde gegangen wäre.

Harry Callan wurde am 19. November 1923 in Derry, Nordirland (man muss dazu sagen, die katholischen Iren nennen es weiterhin Six Counties) geboren. Mit 14 Jahren begann er eine Lehre als Matrose und Stewart bei der britischen Handelsmarine und fuhr dann mit 17 als Matrose für die Briten auf unterschiedlichen Schiffen nach Afrika, Nord- und Südamerika. Er erlernte auch den Fleischerberuf.

Nachdem im Januar 1941 sein Schiff von einem deutschen Kreuzer aufgebracht und versenkt worden war, wurde er zunächst in Bordeaux in offenen Lagern interniert. Im Juli 1941 kam er ins Kriegsgefangenenlager XB Sandbostel, im Januar 1942 ins Milag Nord nach Westertimke. Als Harry und 31 seiner Mitgefangenen sich weigerten, freiwillig für die Deutschen zu arbeiten, wurden sie der Bremer Gestapo übergeben und im Arbeitserziehungslager Bremen-Farge inhaftiert. Sie wurden nun gezwungen unter brutalen Bedingungen auf der Bunkerbaustelle zu arbeiten. Fünf von ihnen starben in Farge an den Folgen der Haft und Zwangsarbeit.

Im März 1945 wurde Harry mit den anderen überlebenden irischen Seeleuten zurück nach Westertimke gebracht, wo er schließlich von britischen Truppen befreit wurde. Zurück in seiner Heimat musste er sich von seinen Krankheiten und der Unterernährung erholen.

Sechs Monate konnte er nicht richtig sehen und erst nach einem Jahr wieder zur Arbeit gehen. Fortan schwieg er über die schlimmen Erlebnisse, die er während des Zweiten Weltkrieges in Farge gemacht hatte. Trotz seiner Alpträume, von denen seine Frau und Kinder berichteten, teilte er sich nicht mit und vergrub seine traumatischen Erfahrungen tief.

Mehr als 50 Jahre mussten vergehen, bis die Irish Seamens Relatives Association eine Entschädigung der irischen Seeleute durch den in Deutschland eingerichteten Fonds für

mit einer einfachen Schaufel die Baugrube auszuheben. Seine Berichte wurden zu exzellenten Geschichtsstunden.



Monika Eichmann mit Harry Callan am 25.04.2015 in der ehemaligen Bundeswehrkantine im Bunker

ausländische ZwangsarbeiterInnen durchsetzen konnte. In dieser Zeit konnte die Association auch Harry Callan dazu ermutigen über sein Schicksal zu sprechen. Es fiel ihm sehr schwer.

Seitdem kehrte Harry jedes Jahr im April nach Deutschland zurück, um seiner verstorbenen Kameraden zu gedenken und an sie zu erinnern. Er besuchte den Militärfriedhof Rheinsberg, Westertimke, Sandbostel und den Bunker „Valentin“.

In Interviews und Zeitzeugengesprächen, die ich am Denkort (zum Anfang noch in der ehemaligen Bundeswehrkantine) für die Oberstufenkurse in Geschichte und das Sportprofil der Oberschule an der Egge organisierte, wurden meine Übersetzerinnendienste gebraucht und ich lernte Harry kennen. Wir wurden Freunde.

Ich war beeindruckt von seiner Persönlichkeit, seinem Charme, der trotz der schlimmen Erlebnisse stets durchkam, und von seiner Offenheit unseren Schülern und Schülerinnen gegenüber. Er berichtete ihnen und auch den KollegInnen, den FreundInnen der engagierten lokalen Geschichtsvereine und der Lokalpresse von seiner Leidenszeit, aber auch davon, wie es ihn gerettet hatte, dass der damalige Lagerarzt Dr. Heidbreder ihm nach einer schweren Krankheit erlaubte, fortan in seinem Garten zu arbeiten. Die Fragen der Schüler und Schülerinnen meiner Geschichtskurse beantwortete er unumwunden und offen. Wir alle waren bewegt von ihm!

Den OberstufenschülerInnen vergaß er nicht zu sagen, dass er selbst in ihrem Alter (gerade 18-19) war, als er gezwungen wurde

Ihm zu Ehren findet jährlich der Harry-Callan-Lauf der Oberschule an der Egge statt. Bis April 2018, als er Bremen das letzte Mal besuchte, gab er jährlich das Startsignal für den Lauf und feuerte die teilnehmenden SchülerInnen an.

2017 veranstalteten wir in unserer Schul-Aula bei einer Großveranstaltung mit Vertretern der irischen Botschaft aus Berlin, Politikern, Historikern, Zeitzeugen und den SchülerInnen und Eltern der Oberschule an der Egge die Neuerscheinung seiner Biografie durch Harry selbst und die Autorin Michèle Callan, seiner Schwiegertochter (German book release).

Zuletzt besuchte er Bremen im April 2018 und wurde im Rathaus vom damaligen Bürgermeister Carsten Sieling empfangen.

Am Denkort Bunker Valentin organisierten wir erneut ein Zeitzeugengespräch mit mehr als 70 Schülerinnen und Schülern unserer Oberschule an der Egge sowie der Oberschule Rockwinkel, und Michèle Callan stellte die neue deutschsprachige Ausgabe seiner Biografie *Forgotten Hero of Bunker Valentin – Die Geschichte von Harry Callan* vor.

Im Anschluss legten wir Blumen nieder und gedachten der Opfer.

Danach gab Harry – ja, trotz der Rührung, so war er auch – mit seinem Regenschirm das Startsignal für den „Harry Callan-Lauf“ unserer Oberschule an der Egge. Leider habe ich das Foto nicht, sehe es aber noch vor Augen.

In Bremischen Buchläden und an der Jacobs University gab es Buchvorstellungen und Harry musste viele Exemplare handsignieren. Seine Reise führte ihn auch zu den lokalen Vereinen, dem Geschichtslehrpfad Lagerstraße und der Gedenkstätte Baracke Wilhelmine, auch zur Gedenkstätte Lager Sandbostel und zu Gedenkgottesdiensten in der Region. Harry war Ehrengast und hatte hier in der Region viele Freundinnen und Freunde.

Besonders empfehlenswert ist Michèle Callans homepage für ihr Buch „Forgotten Hero of Bunker Valentin.“ Hier kann man vieles über Harrys Leben entdecken.

Monika Eichmann



# Der Feind steht rechts

Anfang November 1918 war Deutschland friedensbereit. Die Kieler Matrosen wehrten sich gegen ein erneutes, sinnloses Auslaufen der Flotte. Die revolutionäre Welle erfasste ganz Norddeutschland. Die Unabhängigen Sozialdemokraten forderten einen unverzüglichen Waffenstillstand und die Aufhebung des Belagerungszustandes. Auch in Bremen wurde am 06. 11. ein Soldatenrat gegründet. Ausgehend von der AG Weser in Gröpelingen und weiteren Großbetrieben schlossen sich Arbeiter- und Soldatenrat drei Tage später zusammen. Adam Frasniewicz verkündete dies vom Balkon des Rathauses. Ein Arbeitsausschuss wurde gebildet. Im gehörten Unabhängige Sozialdemokraten und Bremer Linksradikale an.

Nach vier Jahren Materialschlacht, Hunger, Arbeit bis zur Erschöpfung sehnten sich die Menschen nach Frieden. Die Briefe der sozialdemokratischen Arbeiterfamilie Pöland belegt das sehr deutlich. Tausende Bremer Proletarier waren in den Kriegsjahren 1916, 1917, 1918 aus den Betrieben und Wohnquartieren zum Rathaus gezogen, forderten das Ende von Krieg und Hunger und die Freilassung der politischen Gefangenen, allen voran Karl Liebknechts. Sie brauchten Arbeit, die Versorgung war zu regeln, vor allem auch die der Hinterbliebenen. Ende Dezember 1918 kamen die Soldaten zurück von der Front, immer noch erfüllt von den Durchhalteparolen. Ihnen mussten die Waffen aus der Hand genommen werden, damit sie nicht von ihren Offizieren gegen die Revolution gerichtet werden konnten.

Vor dem Arbeiter- und Soldatenrat stand eine Fülle an Aufgaben, die Erwerbslosenfürsorge musste sichergestellt werden, die Bewaffnung der Arbeiterschaft bildete den Hauptstreitpunkt zwischen Arbeitern und Soldaten. Die Verwaltung blieb unverändert bestehen. Erst am 10. Januar 1919 übernahm der Arbeiter- und Soldatenrat die unmittelbare Kontrolle. Die Spitzen der Verwaltung wurden abgesetzt, gesetzgebende und ausführende Gewalt in eine Hand genommen.

Die Banken sperrten darauf die Gehaltsauszahlungen für die öffentlichen Bediensteten. Der Sozialistischen Republik Bremen wurde die Luft abgedreht. Die Abhaltung allgemeiner Wahlen wurde nun nicht mehr ausgeschlossen.

Das Bürgertum versuchte sich nach Zurückdrängung von der politischen Macht mit einem Bürgerausschuss wieder Geltung zu verschaffen. Die Handelsverbindungen zu England spielten dabei eine entscheidende Rolle, vor allem wegen der Lebensmittelversorgung. Sie drangen im Verbund mit der MSPD auf allgemeine Wahlen zu einer breitmischen Nationalversammlung. Gleichzeitig schickte die Handelskammer ihren Präses Ludwig Roselius nach Berlin, um von Ebert und Noske die Wiederherstellung der alten Zustände einzufordern. 350 Bürgersöhne stellten sich unter dem Kommando Major Casparis als Freikorps der von Berlin entsandten Division Gerstenberg zur Seite.

Noske ordnete den militärischen Einsatz gegen Bremen an. Trotz Verdener Abkommens zwischen den Gerstenbergern und den Arbeiter- und Soldatenräten Norddeutschlands am 02. Februar, trotz Bereitschaft, die Räterepublik aufzulösen und die Waffen gegen eine Zusicherung nicht einzumarschieren, den norddeutschen Soldatenräten abzuliefern, stellte Noske die ultimative Forderung die Waffen unverzüglich der Division Gerstenberg auszuhändigen und ordnete den militärischen Einmarsch an.

Die Bilanz waren 78 Tote, darunter dreißig Verteidiger. Das Standrecht wurde verhängt, die Gerstenberger besetzten die AG Weser. Durch eine Arbeitsniederlegung wurde nach kurzer Zeit ihr Abzug erzwungen. Ein allgemeiner Streik am 18./19. Februar erreichte die Freilassung der inhaftierten Arbeiter. Nur drei Wochen bestand die Bremer Sozialistische Republik, vorausgegangen waren zwei Monate Doppelherrschaft. Bremer Arbeiterinnen und Arbeiter wurden erstmals handelndes Subjekt. Die Kontrolle der

Großbetriebe beschränkte sich in den folgenden Jahren auf Mitsprache der Betriebsräte in Fragen der Arbeitsbedingungen. Dem Ausschuss für das Fabrikwesen war es um mehr gegangen. Die Demobilisierten sollten ihre alten Arbeitsstellen wieder erhalten, vor einer Entlassung sollten sie Sicherheit erhalten, eine neue Stelle antreten zu können. Die Tarifverträge sollten in Kraft bleiben.

Zu Beginn der Revolution forderten die entschlosseneren Teile der Arbeiterbewegung die Nationalisierung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten, der volkswirtschaftlich wichtigen Großbetriebe, des Groß- und Mittelgrundbesitzes. Wäre es gelungen, nicht allein in dem recht isolierten Bremen, sondern im Verbund mit zur gleichen Zeit bestehenden Räten in Petersburg und Moskau, Budapest, Turin, München und Braunschweig, so wären Vorbereitungen auf einen erneuten Weltkrieg gar nicht erst möglich gewesen. Die Ausrufung der Sozialistischen Republik Bremen war ein konsequenter Schritt. Die Solidaritätserklärung gegenüber dem Kampf ums Zeitungsviertel in Berlin legt nahe, dass ihre Ausrufung im Rahmen einer Weiterführung der Novemberrevolution lag.

Was ist von der Rätebewegung geblieben? Was ist nutzbar zu machen in der heutigen Situation? Die zentrale Frage zum Ende des Großen Krieges war die Forderung nach Frieden. Wir erleben heute, dass die jahrzehntelangen Bemühungen um Abrüstung und Entspannung gefährdet sind, dass im Kalten Krieg geschlossene Verträge aufgekündigt werden, eine neue Form der Kanonenbootpolitik mit sehr viel gefährlicheren Massenvernichtungsmitteln betrieben wird, die das Säbelrasseln zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den Schatten stellt. Wir erleben eine weltweite veränderte Wirtschaftslage, die Auflösung traditioneller Lebens- und Arbeitsformen. Heute ...

*weiter geht es auf Seite 5*

## Weltanschaulicher Vernichtungskrieg

... Unterstützung durch die Rote Armee. Sie scheiterte an der polnischen Regierung, die die Durchmarschrechte verweigerte. Selbst nach Besetzung des Sudetenlands und Prags verschloss sich die polnische Regierung unter Beck und Sikorski jeglicher Annahme sowjetischer Hilfsangebote. Die Sowjetunion hätte im Herbst 1939 einen deutschen Angriff auf die Ukraine nicht aufhalten können.

Die Führung der Roten Armee war geschwächt durch die stalinistischen Säuberungen 1936/38, die Schwerindustrie war im europäischen Teil des Landes und noch nicht in den Ural verlagert, die Industrialisierung noch nicht so weit fortgeschritten wie wenige Jahre später. So boten die Ver-

handlungen zwischen Molotow und Ribbentrop nach dem Scheitern diplomatischer Bemühungen um ein Dreierbündnis mit England und Frankreich zur Sicherung des Bestands Polens eine Atempause vor einem frühzeitigen Angriff. Stalin glaubte selbst nach Beginn der Operation Barbarossa am 22. Juni 1941 nicht, dass die Sowjetunion in voller Stärke angegriffen werden sollte, schlug Warnungen verschiedener Seiten in den Wind. Der 23. August 1939 ist nicht der Beginn des Zweiten Weltkriegs, wie von Seiten Polens und der baltischen Staaten suggeriert wird.

Der Angriff auf Polen stellt vielmehr den ersten Schritt zu einem völkischen Vernichtungskrieg dar, mit dem slawische wie jüdische Bevölkerung umgesiedelt und ausgerottet werden sollte, wie Hitler es bereits

1923 in seinem Machwerk Mein Kampf ausgemalt hatte. Der verzweifelte Aufstand der polnischen Heimatarmee 1944 war ein Versuch, dem bürgerlichen Polen für die Zeit nach der Befreiung einen Platz am Verhandlungstisch zu sichern.

Es gab zu keiner Zeit einen Versuch, mit der Roten Armee Kontakt aufzunehmen, um eine mögliche militärische Unterstützung zu sichern. Nach der Zurückdrängung der Heeresgruppe Mitte der Wehrmacht stand die Rote Armee vor dem Problem die Nachschubwege Ende Sommer 1944 abzuschern, die durch hunderte Kilometer verbrannten Landes führten. Zwei Panzerspitzen vor Warschau waren von jeglichen Verbindungen abgeschnitten.

**Wilhelm Henkel**

# In kurzer Zeit erhebliche Bedeutung

Fünf Monate lang, von April bis September 1933, wurden Bremens Arbeiterinnen und Arbeiter mit illegalen 6 - 8-seitigen Zeitungen über das wahre Gesicht des Faschismus aufgeklärt. Berichte über Korruptionsfälle in der Nazipartei und über Kriegsvorbereitungen. Viermal erschien die „Wahrheit“ in monatlicher Folge von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) herausgegeben, zwölfmal der „Scheinwerfer“ des Einheitsverbands der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer. Unauffällig wurden die Zeitungen an öffentlichen Orten ausgelegt, in Briefkästen gesteckt, selbst an den Senat und die Polizei geschickt. Die Zeitungen wurden von Alma Gross (Müller) in der Neustadt auf Wachsbögen getippt und in einer Auflage von 700 Stück vervielfältigt, in Werner Dünkels Wohnung in der Grenzstraße gelagert und verteilt. 20-25 Exemplare schmuggelte Wilhelm Schäfer durch den Zoll und brachte sie zu seiner



Untergrundzeitungen werden erstellt, Bildausschnitt Admiralstraße Bunker

Huchtinger Parzelle. Die 3.000 Ausgaben der Juliaufgabe der „Wahrheit“ wurden in England gedruckt und durch die Matrosen Paul Arnold und Reinold Dobrott nach Bre-

weste verschmurt in Farge über Bord geworfen und im Freihafen geborgen, bei Schichtwechsel über die Mauer geworfen, in der Lloydstraße (heute Schulze-Delitzsch-Straße) getrocknet.

Im September wurde die Gruppe von der Gestapo zer schlagen, ein Lehrling hatte eine Zeitung abgeliefert und ausgesagt, von wem er sie erhalten hatte. Im Mai und Juni 1934 standen 88 Widerständler vor Gericht. Noch konnten sie höchstens zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt werden, die Todesstrafe durfte für ihre Taten noch nicht verhängt werden. Die Öffentlichkeit wurde zugelassen, die Angehörigen durften die Prozesse als Zuhörerinnen verfolgen, die gleichgeschaltete Presse ausführlich berichten. 27 Angeklagte standen wegen Herstellung und Beschaffung illegaler Zeitungen vor Ge-

richt, 29 wegen ihrer Verbreitung, 19 wegen Fortführung der verbotenen KPD und Kassierung der Mitglieder, 17 wegen Transports der Zeitungen. Vor dem Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts wurden sie beschuldigt, „vorsätzlich unwahre oder gröblich entstellte Behauptungen tatsächlicher Art“ öffentlich gemacht und verbreitet zu haben. Damit sei den Herren des „Dritten Reichs“ erheblicher Schaden (an Ansehen) zugefügt worden, besonders (in Ausland). Die Ankläger sahen in der Zeitungsarbeit eine Fortsetzung kommunistischer Tätigkeit und nannten es Hochverrat. Die Verhaftung führender KPD-Funktionäre habe „nur vorübergehend die volle Wirkung“ gezeigt. Bereits Anfang April 1933 funktionierte der Parteiapparat wieder, da aus der Mitgliedschaft neue Funktionäre gefunden und eingesetzt wurden. Die RGO hatte fünf Stadtteilgruppen, Kassierung und Unterstützung der Familien Inhaftierter lief. Ziel war es, neue Mitglieder zu gewinnen, zu einer Einheitsfront aus KPD und SPD und zu einem Generalstreik zu kommen.

men geschmuggelt. Acht Tage verspätet wurden sie in Wachstuch eingeschlagen, in einen Seesack verpackt und eine Schwimm-

## Der Feind steht rechts

... geht es um die Gefahr eines weltweiten Nuklearkrieges, wo doch Atomsprengeköpfe im Südwesten Deutschlands gelagert sind. Die Frage der Rüstungskonversion ist angesichts geschumpfter Belegschaften in den heute weltweit agierenden Großbetrieben weitgehend verstummt. Die Friedensbewegung hat trotz einer wachsenden Kriegsgefahr erheblich an Zuspruch verloren. Entscheidungen scheinen angesichts zunehmender Fusionierung global agierender Rüstungsunternehmen mehr und mehr dem Zugriff der Belegschaften entzogen. Mitbestimmungsrechte werden mit dem Ausgliedern der Belegschaften für große Teile der ArbeitnehmerInnen hinfällig. Heute geht es um die wirtschaftliche und berufliche Existenz von Millionen Jugendlichen weltweit, die ihr Recht auf Zukunft, ihr Recht auf Leben einfordern.

Das Gefühl abgehängt zu sein, hat große Teile des Mittelstands ergriffen. Es greift weit bis in die arbeitende Bevölkerung hinein. Gewerkschaften kümmern sich bei weitem zu wenig um die Ausgegliederten und Abgehängten. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist seit Jahrzehnten zu Recht bemüht, Grundlagen für bessere berufliche Qualifizierung zu schaffen. Grundlegende Fragen der Spaltung der Gesellschaft, das Verhältnis von Kapital und Arbeit, die Frage des Mehrwerts, Arbeitswerttheorien werden stiefmütterlich zur Seite geschoben. Das gesellschaftliche Bewusstsein der Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft wird zugunsten einer

verstärkten Beteiligung am Bestehenden aufgegeben.

Es ist unumgänglich, den rückwärtsgewandten dumpfen völkischen Geist offensiv zurückzuweisen. Politischer Mord galt damals wie heute denen, die grundlegende Veränderungen der Gesellschaft anstrebten. Waren es Anfang der zwanziger Jahre die Freikorps, die selbst politische Gegner im Bürgertum als sogenannte Erfüllungspolitiker hingerichtet haben, so sehen wir heute erneut Angriffe auf Personen, die dem völkischen Geist nicht entsprechen oder sich rückwärtsgewandtem Handeln entgegenstellen. Anschläge auf Politiker sind längst nicht mehr nur verbal. Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Luebecke, die Messerattacke gegen Kölns Oberbürgermeisterin erschütterten den bisherigen Konsens in der politischen Auseinandersetzung. Waffenfunde bei bekannten Rechten, rechte Netzwerke bei KSK und Polizei, die Vertuschung des Umfangs an Wissen der bundesdeutschen Geheimdienste an der Entwicklung terroristischer Netzwerke sind ein Warnsignal einer Veränderung der Herrschaftsausübung. Warnsignale, dass eine Bedrohung unserer Verfassungsstruktur denkbar wird, dass das Trennungsgebot von Geheimdienst und Polizei, Militär und Polizei daher unabdingbar ist. In Teilen Europas wird sogar daran gearbeitet, die Unabhängigkeit der Justiz staatlichem Handeln unterzuordnen. „Der Feind steht rechts“, diese Aussage von Josef Wirth gilt heute mehr denn je.

Raimund Gaebelein (Ansprache am 16. November auf dem Bremer Marktplatz)

## Wilhelm Henkel

Die AfD hat eine neue Maßeinheit für politisch motivierte Gewaltverbrechen eingeführt: Den „Vogelschiss“. (...) Unterhalb des „Vogelschisses“ wäre allerdings theoretisch noch reichlich Platz für eine Maßeinheit „Fliegendreck“ etwa. Diese könnte bei tätlichen Übergriffen von Rechtsradikalen auf Migranten und andere Ausländer zur Anwendung kommen. Mir käme dann auch noch der Begriff „Entengrütze“ in den Sinn, der sich, wie in diesem Fall, auf AfD-kritische Beiträge der systemkonformen linksversifften Lügenpresse bezieht. (...) Alles andere wäre kompletter Bullshit. Thomas Wolter (Saarbrücker Zeitung)

# Termine Dezember 2019/Januar 2020

## Regelmäßige Termine

Treffen Bremer Friedensforum: **jeden ersten Donnerstag im Monat um 18:30 Uhr** in der Villa Ichon, Goetheplatz 4

**Jeden Donnerstag, 17:00 bis 18:00 Uhr**, Mahnwache Bremer Friedensforum, Markt- platz

**Jeden dritten Freitag im Monat, 12:00 bis 13:00 Uhr**, Mahnwache gegen die Rüs- tungshochburg Bremen an der Domsheide (in Höhe von Hausnummer 8)

**Jeden Freitag, 17:00 Uhr**, Kundgebung der "Nordbremer Bürger gegen Krieg", Bremen- Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße / Breite Straße

Weitere Termine aus der Friedensbewegung: <http://www.friedenskooperative.de/termine.htm>

## Gedenktage an die Vernichtung der Sinti und Roma

**Am Montag, den 16. Dezember um 18:00 Uhr** sprechen anlässlich des Gedenktages an die Vernichtung der Sinti und Roma im deutschen Faschismus Giano Weiß und Dr. Hans Hesse über die Gedenkkultur in der BRD. Am 16. Dezember 1942 erließ Heinrich Himmler den so genannten Auschwitz-Er- lass. Er markierte den Beginn der letzten Phase des Völkermords an den Sinti und Roma.

Giano Weiß ist ein Enkel von Anton Schmidt, dessen Grabstein auf dem Waller Friedhof an die Ermordung von 40 Famili- enangehörigen erinnert. Der Historiker Dr. Hans Hesse hat zu diesem Grab geforscht.

## Deutschen Besetzung von Kreta

**Donnerstag, 16. Januar bis 22. Februar** in der Villa Ichon, Goetheplatz 4, Ausstellung von Photos zur Deutschen Besetzung auf Kreta.

## Bremer Räterepublik

**Sonntag, den 02. Februar 2020, um 11:00 Uhr** Gedenkgang vom Haupteingang zum Waller Friedhof. Zum Vermächtnis der Bre- mer Sozialistischen Republik spricht **Klaus Gietinger** (Frankfurt/M.) am Mahnmal für ihre Verteidiger. Musikalisch unterstützt vom **Buchtstraßenchor. Moderiert von Karin Schumann.**

Im Anschluss in der Kulturwerkstatt West- end musikalische Einstimmung durch das **Rote Krokodil** und Gespräch zwischen **Klaus Gietinger** und **Dr. Karl-Heinz Roth** (Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahr- hunderts) über neuere Forschungserkennt- nisse und Folgerungen aus dem Scheitern der Bremer Räterepublik. Moderiert von **Ingo Schumann.**

Veranstalter Vorbereitungskreis Veranstal- tung zu Ehren der Bremer Räterepublik

## Stolpersteine geputzt

Am 09. November wurden von zahlreichen Nachbarn die 30 Stolpersteine in Gröpe- lingen geputzt, Kerzen entzündet, Blumen zum Gedenken an die ermordeten Opfer des Faschismus niedergelegt. Es gab in- teressierte Rückfragen von Nachbarn, die sich spontan beteiligten, als sie hörten, was sich vor ihrer Türe abspielte. Das Leben der Opfer war vielen völlig unbe- kannt.

Zum Schluss erläuterte Lutz Liffers am frü- heren jüdischen Altersheim, was sich in jener Nacht abspielte und wie wir uns gegen eine Wiederholung wappnen.

## Geburtstage im Dezember 2019 Januar 2020

Martin Schmidt	11.12., 71 J.
Regine Albrecht	11.12., 66 J.
Willi Gerns	13.12., 89 J.
Helge Burwitz	03.01., 71 J.
Hartmut Stinton	27.01., 67 J.
René Cauwbergs	27.01., 84 J.
Jörg Wollenberg	30.01., 83 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand

**Der Shop für AntifaschistInnen**  
<http://shop.vvn-bda.de>



"Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint zweimonatlich.

Wir sind Am Speicher XI Nr. 9, 28217 Bre- men, erreichbar.

**Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI**

Tel.: 0421/38 29 14  
Fax: 0421/38 29 18

**E-Mail: [bremen@vvn-bda.de](mailto:bremen@vvn-bda.de)  
Internet: [www.bremen.vvn-bda.de](http://www.bremen.vvn-bda.de)**

Montag: 15:00 - 17:00 Uhr

In den Schulferien finden Bürostunden nur auf Anfrage statt (siehe Stadtrundgänge).

Für die Unterstützung unserer Arbeit:  
Die Sparkasse in Bremen  
BIC: SBRE DE 22 xxx  
IBAN: DE06 29050101 000 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

**Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (0421-382914 bzw. [bremen@vvn-bda.de](mailto:bremen@vvn-bda.de)) oder über Rai- mund Gaebelin (0421-6163215 bzw. 0176/49865184) angemeldet werden.**

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich **am ersten Montag des Monats um 15:30 Uhr.**

Der Landesvorstand trifft sich **am dritten Montag des Monats um 18:00 Uhr**

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöf- fentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder. **Im Internet sind zum Teil weitere Artikel, die nicht im BAF stehen.**

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats  
V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelin

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Be- legexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Rassismus
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Erinnerungsarbeit

o Ich möchte mehr über die VVN- BdA wissen.

o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.

o Ich möchte in die VVN-BdA ein- treten.

o Ich möchte den "Bremer Antifa- schist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Bremen, den \_\_\_\_\_